

Postcheck-Konto:
Leipzig Nr. 34918.

Die "Sächsische Elbzeitung" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher nachm. 5 Uhr. Bezug-Preis vierteljährlich 2.— Mt., zweimallich 1,40 Mt., monatlich 70 Pf. durch die Post vierteljährlich 2,10 Mt. (ohne Beistgeld). Einzelne Nummern 12 Pf. alle fächerlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsdrucker nehmen keine Bestellungen auf die "Sächsische Elbzeitung" an.

Tägliche Beilage:
"Unterhaltungsblatt".

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau,
sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hesse. — Verantwortlich: Konrad Rohrlacker, Bad Schandau.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porschdorf, Postelwitz, Prossen, Rothmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böh. Schweiz.

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Ordinals für die 5 gespalt. Kleinblätterzelle oder deren Raum 20 Pf., bei auswärtigen Anzeigen 25 Pf. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Vereinbarung).

"Gingebund" und "Nellkaut" 50 Pf. die Seite.

Bei Wiederholungen entsprechender Nachdruck.

Tägliche Beilage:
"Unterhaltungsblatt".

Anzeigen-Annahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Rautenkirche 134; in Dresden und Leipzig: Haasenstein & Vogler, Invalidenbank und Rudolf Moß;

in Frankfurt a. M.: G. L. Danke & Co.

Nr. 98

Bad Schandau, Donnerstag, den 15. August 1918

62. Jahrgang.

Nachstehende Verordnung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 10. August 1918.

1385 V G 2

Ministerium des Innern.

3715

Bekanntmachung über Erzeugerhöchstpreise für Zwiebeln.

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßsäfte vom 3. April 1917 (RGBl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1.

Der Preis für inländische Zwiebeln darf beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Zentner nicht übersteigen:

Für Zwiebeln, lose

Bei Lieferung auf Grund eines von der Reichsstelle für Gemüse und Obst abgeschlossenen oder von ihr genehmigten Lieferungsvertrages

bis 31. Oktober 1918	14,50 M.
vom 1. November 1918 ab	15,— M.
vom 1. Dezember 1918 ab	15,50 M.
vom 1. Januar 1919 ab	16,50 M.
vom 1. Februar 1919 ab	18,50 M.
vom 1. März 1919 ab	20,50 M.

Diese Preise gelten für gesunde, marktfähige Handelsware frei verladen im Bahnwagen oder Schiff.

§ 2.

Für Saat- und Steckzwiebeln bleiben die besonderen Bestimmungen der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 15. November 1917 (Reichsanzeiger 273 vom 16. November) aufrechterhalten.

§ 3.

Diese Verordnung tritt am 11. August 1918 in Kraft.

Berlin, den 17. Juni 1918.

R 8086

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorstehende: J. B. Wilhelm.

Aus Stadt und Land.

* Der Wiederbeginn des Unterrichts in den hiesigen Schulen ist auf den 15. August festgesetzt. (Siehe Bekanntmachung in letzter Nummer.)

* Über die Brot- und Mehlsversorgung im Bezirk Pirna bringen wir in der nächsten Nummer eine Bekanntmachung. Im neuen Wirtschaftsjahr bleibt es im allgemeinen bei den bisher gültigen Bestimmungen; neu sind insbesondere nur die Erhöhung der Brotgrundration von 3 1/2 Pfund auf 1900 Gramm wöchentlich vom 18. August ab und die bereits bekanntgemachten Befreiungen für Brotgetreide-Selbstversorger. Infolge der gestiegenen Getreidepreise, der von der Reichsgetreidesstelle erhöhten Gebühren für Kommissionäre, Sackleiche und dergl. und der für die Mühlen und Bäckereien durch die Kriegsverhältnisse gestiegerten Gestaltungskosten, sowie insbesondere infolge der hohen Druschprämien ließ sich eine gewisse Verteuerung des Brotes und Mehles nicht gänzlich vermeiden. Erfreulicherweise ist es jedoch gelungen, die Erhöhung der Brot- und Mehlspreise in sehr mäßigen Grenzen zu halten, so daß diese geringer sind als in verschiedenen anderen Bezirken und Städten. Weiter hat es die Trennung vom Kommunalverband Dresden und Umgebung mit sich gebracht, daß die vom Bezirksverband Pirna ausgegebenen Brotmarken vom 4. August ab nicht mehr in den Dresdner Bezirken gültig sind und umgekehrt. Endlich sind noch neu die Vorschriften über die Mehldistribution und einige Kontrollschriften, die aber nur für Müller, Bäcker und Brot- und Mehlsandler, nicht aber für die allgemeine Bevölkerung von Interesse sind.

* Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird Herr Generaldirektor Adolf Sendig — welcher sich gegenwärtig hier zur Erholung aufhält — in nächster Zeit im Kurhausaal einen interessanten Vortrag halten. Das Ergebnis soll hiesigen Wohlfahrtseinrichtungen zu gute kommen. Alles Nähere später.

* Nochmals sei auf das "Venexiz"-Konzert des Herren Musikdirektors L. Fischer, welches am Sonnabend stattfindet, an dieser Stelle aufmerksam gemacht. Wie uns mitgeteilt wird, soll für dieses eine berühmte Sängerin aus Halle gewonnen werden. Somit verspricht der Abend in instrumentaler und vokaler Beziehung einen künstlerischen Genuss, den sich niemand entgehen lassen sollte.

* Helga Petri kommt! Von früher her bestens bekannt, wird diese allseitig hochgeschätzte Künstlerin auf vielfachen Wunsch am Montag, dem 19. August, im Städtischen Kurhausaal wiederum ein Konzert geben. Heitere Lieder zur Laute wird sie singen und dazu ein neues Programm bringen. Durch die feinkünstlerische

Art, mit der Helga Petri aller Herzen gewinnt, hat sie die Bezeichnung als "beste aller Lautensängerinnen" wohl verdient. Auf die Anzeige und Anschläge (auf denen 1918 statt 19. August gedruckt ist) sei hingewiesen.

* Heute mittag gegen 12 Uhr überslog der Militär-luftballon "Oberleutnant von der Hagen" in geringer Höhe unsere Stadt. Er mußte trotz Abwurf alles Sandballastes am Abhange des Krippentales eine Notlandung vornehmen. Seine Besatzung bestand aus 2 Offizieren, 2 Unteroffizieren und 1 Soldaten. Mit Hilfe der schnell herbeigeeilten Zuschauer wurde der in den Bäumen hängende Ballon bald geborgen, um nach seiner Heimatstation, Dresden, gebracht zu werden. Es ist übrigens derselbe, der kürzlich in Rothmannsdorf niederging. h.

* Für ausländische Fünfhölzer darf jetzt der Preis 15 Pf. für 2 Schachteln nicht übersteigen. Eine Erhöhung ist beantragt worden, um die Einfuhr schwedischer Fünfhölzer zu fördern, da die inländische völlig unzureichend ist.

* Laubhensammlung. Das im Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna gesammelte Laubhens wird bekanntlich der Brauerei Gebrüder Schrey, A.-G., Pirna, als Kreissammelstelle, die zugleich die Trocknung und weitere Bearbeitung vornimmt, zugeführt. Die Sammlung hat bereits ein sehr erfreuliches Ergebnis gezeigt. Es sind seit Beginn etwa 3500 Zentner Frischlaub und etwa 1500 Zentner lufttrocken gemachtes Laubhens, zusammen also 5000 Zentner eingeliefert worden. Bei dieser Gelegenheit muß aber erwähnt werden, daß die dringend nötige Sammlung mit allem Eifer fortgesetzt werden

Der Himmel schämt sich!

Vier Jahre sind nun schon vergangen. — Der Himmel ist noch sehr besangen. — Er schämt sich wohl der großen Sünden, die alle Blätter hölz verläufen. In jeder Form wird grau vernichtet, Wer zweifelt, der ist schon gerichtet — Vernichtet sind nun schon Millionen — Die Kraft von Generationen! Ja, Himmel, ja, du lädst dich schämen, Du faust auch meine Seele nehm — Doch vorher — vorher — lass uns siegen, Es möge brechen oder biegen. — Wir müssen Deutschlands Zukunft retten, — Verbrechen die verfluchten Netten, Wir müssen sie gen und dann sterben, — Die Eule sollen uns beerben — Sie mögen Deutschlands Größe pflegen, Ja, Himmel — dafür deinen Segen! Und dann, o Himmel — Erfüll' die Bitte, ich will Abschied nehmen — Und dann, o Himmel — brauchst dich nicht mehr schämen!

Bad Schandau, den 15. 8. 18.

muß, nicht nur während der Ferien, sondern auch noch einige Zeit darüber hinaus, da sich das Laub für Futterzwecke noch längere Zeit vorzüglich eignet.

* Elbfahrtsonden. Vom 5. 8. bis mit 11. 8. 1918 passierten das Königliche Zollamt für den Schiffsverkehr in Schandau 62 mit Braunkohlen, Sand und Basaltsteinen, sowie 41 mit Stahlgiltern beladene Fahrzeuge. Vom 1. 1. bis mit 11. 8. 1918 stand insgesamt 1792 beladene Fahrzeuge bei dem genannten Zollamt abgesegnet worden.

Görlitz. Zum Besten des 102. Regiments veranstaltete Frau Major Baumfelder einen bunten Abend, wobei Görlitzer Allerlei von allerlei Görlitzern dargebracht wurde. Der überfüllte Saal der Sennerhütte sah selten eine berartig zahlreiche Zuhörerschaft, die so dankbar Beifall zollte, wie am letzten Sonntag. Eine Gabenlotterie bot recht reizende, ammige Geschenke und äußerst zeitgemäße, vielbegehrte Gewinne. — Die am 4. August verausgabte amtliche Kurliste weist eine Besucherzahl von 471 Parteien mit 946 Personen auf.

Pirna. In der Elbseite unterhalb des Gasthauses "Hellerer Blick" wurde ein Pionier tot aufgefunden, der sich in einem Anfälle von Schweiß, aus Sorge vor Geisteskrankheit, selbst entlebt hat.

Zschopau. 25 Kinder reisten nach Berthigardt in Dänemark, wo sie auf zwei Monate in dem Schloß eines dänischen Großgrundbesitzers unterkommen gefunden haben.

Zwickau i. S. Einem Vorschlag der Fleischer entsprechend, hat der Rat bestimmt, daß eine Beschränkung des Kundenkreises in der Weise zu erfolgen hat, daß diejenigen Fleischer, die über 1400 vollmarktberechtigte Kunden haben, keine neuen Kunden mehr annehmen dürfen.

Leipzig. Ein Versammlung der Vorstände der Deutschen Gastritzgenossenschaft, die hier stattfand, beschloß die Gründung eines Verbandes der Gastritzgenossenschaften Deutschlands, e. V., mit dem Sitz in Stuttgart. Der Zusammenschluß soll wirtschaftlichen Zwecken dienen. — Eine Maschinisten-Ehefrau hatte erfolglos versucht, bei einigen hiesigen Banken 1000 Kr. in deutsches Geld einzutauschen, was ihr aber infolge der einschränkenden Devisenbestimmungen nicht gelang. Als sich die Frau noch mit einer Verwandten darüber unterhielt, erbost sich ein etwa 18-jähriges Mädchen, das den Vorgang beobachtet haben mußte, daß Umwechseln für sie zu beforgen. Die Frau ging auf den Vorschlag ein und gab dem Mädchen die 1000 Kronen zum Umwechseln. Zu spät mußte die Frau bemerken, daß sie einer Schwindlerin in die Hände gefallen war, die sich mit dem Gelde auf und davon gemacht hatte.

Herausgeber Nr. 22.
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Ordinals für die 5 gespalt. Kleinblätterzelle oder deren Raum 20 Pf., bei auswärtigen Anzeigen 25 Pf. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Vereinbarung).

"Gingebund" und "Nellkaut" 50 Pf. die Seite.

Bei Wiederholungen entsprechender Nachdruck.

Tägliche Beilage:
"Unterhaltungsblatt".

Kohlenversorgung betr.

Freitag, den 16. August, 7—12, 1—6 Uhr, und Sonnabend, den 17. August, bis mittags 12 Uhr, kann beliebig werden: der Wochenabschnitt 16 der Bezirkskohlengrundkarte mit je 1 Ztr. Würfelkettens.

Ausgabe bei Mertigs.

Schandau, den 14. August 1918.

Der Stadtrat.

Lebensmittel betr.

Donnerstag, den 15. August:

Kartoffeln — bei Haase — auf Bezirkskarte D weiß 6 Pfund,

„rot“ 5 „

ferner als Ersatz für fleischlose Woche:

auf Fleischmarke Y — Abschnitt 1—10 — 2 1/2 Pfund. Militärlauber erhalten gegen Abgabe der Fleischmarken-Abschnitte 1/4 Pfund auf 1/10 Anteil.

Preis 16 Pf. das Pfund.

Eier — bei Werner — auf Lebensmittelmarke Nr. 1 und Eierkartenabschnitte — 1 St., Preis 55 Pf. das St. Abgabe nachm. 1—3 Uhr: Häuser Nr. 1—150,

3—5 : 151—264.

Quark — ist auf Lebensmittelmarke Nr. 39 — der alten Karte — und Sperrmarke — noch in den bekannten Geschäften zu haben. Sind die Marken Nr. 39 aufgebraucht, so tritt die neue Lebensmittelmarke Nr. 10 an deren Stelle.

Schandau, am 14. August 1918.

Der Stadtrat.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr. enthält eine reiche Auswahl von Werken unterhaltenden und belehrenden Inhalts der bekanntesten und beliebtesten Autoren.

Fortsetzung des amtlichen Teiles auf der letzten Seite.

und Theorien an, sondern auf die unerträgliche Tatsache, daß der U-Bootkrieg dem Gegner seit anderthalb Jahren etwa 12 Millionen Tonnen Schiffsräum gelöst hat, und daß auch die heute etwas niedrigeren Ziffern immerhin soviel bedeuten, daß Amerika und England die äußersten Anstrengungen machen müssen, um ihre Länder mit Lebensmitteln und Kriegsgerät zu versorgen, je mehr Amerikaner aber nach Frankreich kommen, desto größer wird die Beanspruchung des Schiffsräums für deren Versorgung sein, und desto stärker wird der U-Boot-Krieg sie treffen, selbst wenn er die anfänglichen Erfolge nicht mehr haben sollte.

Der Krieg zur See.

Sechs englische Minenleger vernichtet.

Berlin, 13. August.

Amtlich wird gemeldet: Am 11. August vormittags sickten unsere auf den friesischen Inseln stationierten Aufklärungsflugzeuge sowie ein in See befindliches U-Boot im Seegebiete nördlich Ameland starke englische Seestreitkräfte, die sich aus mindestens 25 Linienfischen, 6 Panzerkreuzern und zahlreichen Zerstörer- und Torpedobootsschiffen zusammensetzten.

Sie führten außerdem 6 Schnellboote mit, die zusammen mit den Torpedofahrzeugen ancheinend zum Minenlegen in höherem Umfang bestimmt waren. Die englischen Flottenstellen waren im Vormarsch nach der Deutschen Bucht begrenzt. Unsere Flugzeuge sowie das U-Boot griffen sofort mit Bomben und Maschinengewehren die Schnellboote und Torpedofahrzeuge an. Es gelang ihnen, drei Schnellboote zu vernichten und den Rest der Schnellboote bewegungsunfähig zu machen.

Außerdem wurden auf einem Panzerkreuzer und einem Torpedoboot Bombentreffer erzielt. Das Torpedoboot wurde so schwer beschädigt, daß es auslief in sinkendem Zustand gesunken ist. Sofort auf den Kampftank vorstehende eigene Seestreitkräfte konnten den bereits abziehenden Gegner nicht mehr stellen. Unsere Verluste betragen ein U-Boot, Kommandant Korvettenkapitän d. R. Proesch, und ein Flugzeug. Besonders hervorgetan haben sich bei Abwehr und Angriff die Kampffäste am See und Norden unter Führung der Leutnants zur See Freudenberg und Hammer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Holländische Meldungen.

Aus Ameland wird vom 11. 8. gemeldet: Es war heute morgen sehr lebhaft in der Luft. Vor 8 Uhr sah man bereits 20 Flugzeuge mit einem Beppelin, die Jagd auf eine englische Flottille Motor-U-Boot-Jäger machten. Wie verlautet, sind sechs von diesen U-Boot-Jägern getroffen und in Grund gehobt worden. Der Beppelin wurde von den Geschützen der Torpedoboote niedergeschossen und fiel brennend ins Meer ungefähr 7 Meilen von der Küste entfernt unmittelbar vor Ameland. Nach einem anderen holländischen Bericht ist die gesamte Mannschaft des Beppelin umgekommen. — Der englische Bericht gibt zu, daß sechs Motorboote nicht zurückgekehrt sind.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 13. August.

Amtlich wird gemeldet: Im Westausgang des Kanals wurden trotz reger feindlicher Gegenwirkung zunächst aus Geleitzügen mehrere Dampfer von zusammen 16 000 Br. Reg. To. versenkt.

Herner wurden im Angriff auf zwei von mehreren Bergföhren begleitete kleine Kreuzer, sowie an anderer Stelle auf eine U-Bootsfalle Torpedotreffer erzielt, deren endgültige Wirkung infolge lebhafter Gegenwehr und unsichiger Witterung nicht beobachtet werden konnte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Schlacht der Tanks.

Der englisch-französische Angriffsplan zwischen Ancr und Avre basierte auf der Überrennung des in dieser Front nur schwach ausgebauten deutschen Verteidigungssystems. Die Kürze der Zeit, die Inanspruchnahme aller Kräfte, vor allem der Transportmittel für die großen Offensiven, hatte es nicht ermöglicht, an der neuen Front mehr als ein vorläufiges Verteidigungssystem zu schaffen. Unter dem Schutz eines ganz kurzen, aber überaus starken Feuersturzes, sollten die bereitgestellten Tankgeschwader der Infanterie den Weg durch die deutschen Artillerie- und Infanterie-Linien öffnen. Darauf sollte Kavallerie durch die Infanterie hindurchgezogen werden, um unter der Begleitung und mit der Unterstützung der Tanks bereits am ersten Angriffstage die große Landstrafe Boromme-Noye zu erreichen. Daß dieser Plan scheiterte, ist in erster Linie dem Heldenmut der überwältigten Gruppenbefestigungen zu danken, die nicht an Übergabe dachten und sich teilweise schlugen, bis sie von allen Seiten umfaßt waren. Noch Stundenlang knatterten im Rücken der englischen und französischen Sturmwellen die Maschinengewehre einzelner Widerstandsnester. Gegen jedes einzelne mußten Tanks vorgeschoben werden. Nicht weniger ruhmvoll schlug sich die Mannschaft der Batterien.

Der einzige Weg zum Frieden.

Die sozialdemokratische "Internationale Korrespondenz" sagt am Schluß einer Betrachtung über die Frage, ob der Friede näherkommen:

Aber eines müssen wir uns klar sein: Der Weg zum Frieden geht heute wie vor vier Jahren nur über deutsche Siege. Ein Narr, wer glaubt, daß wir durch Entente sieges jemals dem Verständigungskrieg näherkommen.

Auch der Vorwärts schreibt:

Hin und wieder mag es auch hier zu Lände Gebe geben, die sich sagen, alles sei egal, wenn nur der Krieg zu Ende gehe. Wäre es aber erlaubt, solche Meinungen zu vertreten, so würde sich sehr bald zeigen, daß sie in breiten Massen keinen Boden finden können. Die durchbaren Erfahrungen Russlands lehren, daß der Frieden um jeden Preis eben auch kein Frieden ist, und daß ein kriegsführendes Volk, so entsetzlich auch die Leiden des Krieges sind, immer noch besser darstehen kann als eines, das sich dem Frieden zufrieden willkommen läßt dem Machtspruch seiner Gegner gebietet. Welcher Deutsche beneidet Russland, welcher strebt seinem Beispiel nach?

Zwei sozialdemokratische Stimmen, die der internationalen Lage in vollem Bewußtsein der Tragweite ihrer Anschauungen Rechnung tragen und die gerade aus diesem Lager doppelt bedeutsam sind.

Geldpreise für erfolgreiche amerikanische Flieger.

Aus französischen Zeitungen geht hervor, daß für die ersten fünf in Amerika ausgebildeten amerikanischen Flieger, die drei deutsche Flugzeuge abgeschossen haben, eine Summe von 100 000 Franc ausgesetzt worden ist.

Das amerikanische Flieger sich nicht schämen, sich ihre kriegerischen Vorzeichen vergolden zu lassen und daß ihre Vorgesetzten diese unwürdige Kriegsauffassung billigen, beweist ein im "Elair" abgedruckter Brief, in dem ein amerikanischer Hauptmann einem Fliegerleutnant bescheinigt, daß er die Bedingungen des Preisausschreibens erfüllt hat. — Die Sitten amerikanischer Stalpjäger sind also unter den heutigen Amerikanern noch nicht ausgestorben. Und das sind die Kämpfer für Freiheit und Kultur.

Kampfflieger Loewenhardt gefallen.

Nach dem 53. Lusttag.

Breslau, 12. Aug. Oberleutnant Loewenhardt, der jetzt erfolgreichste Kampfflieger, hat in den Kämpfen an der Westfront den Helden Tod gefunden.

Wieder steht das deutsche Volk an der Wahrheit eines seiner Helden. Seit Manfred v. Richthofens Tod stand Flieger-Oberleutnant Loewenhardt an der Spitze unserer siegreichen Luftkämpfer. Noch am 10. d. Mts. konnte der amtliche Heeresbericht seinen 52. und 53. Sieg melden. Und nun hat den Helden inmitten der siegreichen Abwehrkämpfe das Schicksal ereilt, während er mit dem fühligen Mut, der unser Fliegerkorps auszeichnet, bestrebt war, seinem unvergesslichen Lehrer und Meister nachzuwerken. In der gewaltigen Schlacht an der Westfront, die der Feind mit allen Mitteln moderner Kriegstechnik bestrebt ist, unsere Front zu erschüttern, spielen sich täglich größere Fliegerkämpfe ab. So auch am vierten Kampftage, wo tief herabgehende Flieger die feindlichen Kavallerie-, Munitions- und Infanteriesoldaten beschossen. In diesen Kämpfen fiel Erich Loewenhardt, ein Breslauer Kind. Kaum 17jährig war er 1914 als Fahnenjunge in das Infanterie-Regiment 141 eingetreten. Er nahm im Osten an den Feldzügen teil, war bald Führer eines Schneeschubzuges in den Karpaten. Dann wandte er sich der Fliegerei zu, wo er in der Staffel Richthofen bald große Erfolge errang. Er ward ein großer Schüler des großen Meisters und sein Geist wird fortleben im Fliegerkorps, wie der Boelles und Richthofens.

Oberleutnant Loewenhardt.

Das Schicksal der Zarin.

Berweisung vor ein Revolutionsgericht

Stockholm, 12. August.

Die Zeitung der Roten Armee schreibt, daß die Generalin Nikolaj Romanowa vor das Revolutionstribunal geholt wird. Die Regierung darf sie nicht einer fremden Macht ausliefern, sondern sie müsse innerhalb Russlands in Sicherheit gebracht werden.

Die "fremde Macht" ist Spanien, dessen König sich eifrig um die Auslieferung der Zarenfamilie bemüht hat. Die Zeitung der Roten Armee behauptet, die Sowjets hätten bereits beschlossen, Alexandra wegen ihrer Beziehungen zu dem Wundermönch Rasputin in Anklage zu stellen zu verhören.

Bemühungen des Papstes.

Der vatikanische "Osservatore Romano" teilt mit, der Papst interessiere sich lebhaft für das traurige Los der Zarin von Russland. Er habe dringliche Schritte unternommen, um die Zarin und ihre vier Töchter zu befreien. Der Papst habe sich sogar erbettet, für Überstellung aus Russland und für einen standesgemäßen Unterhalt zu sorgen. Man erhoffe ein Ergebnis dieser edlen Bemühungen des Papstes.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Besprechungen im Großen Hauptquartier, die in diesen Tagen stattfinden, dürften von besonderer Bedeutung sein. Im Vordergrund des Interesses stehen wohl die Ostfragen, die zu neuer Stellungnahme drängen. Staatssekretär Dr. Helfferich, der Leiter der auswärtigen Geschäfte in Polen, Prinz Radziwill, Staatssekretär des Auswärtigen v. Hinse und andere Staatsmänner werden an den Beratungen teilnehmen. Aber auch Kaiser Karl wird mit dem Minister des Äußeren Grafen Burian und dem Berliner österreichisch-ungarischen Botschafter im Großen Hauptquartier weilen. Man darf also mit Spannung den kommenden Tagen entgegensehen: Polen, Finnland, die Ukraine, Litauen, die Ostseeprovinzen, unsere Beziehungen zu dem eigentlich Russland — daß alles sind Fragen, die ihrer Erledigung harren und die fest verhandelt werden sollen. Ob sie bereits sämtlich zur Entscheidung reifen, ist kaum anzunehmen, denn ihrer sind zu viele, als daß sie restlos mit einemmal gelöst werden könnten.

Die Reise des Haushaltshausschusses des preußischen Abgeordnetenhauses ins Gebiet Ober-Ost beginnt am 21. August. Am 22. August werden zunächst von Breslau und Luck aus die beim Aufmarschfall beheimateten Bezirke des südlichen Oberschlesiens besucht und darauf eine Reihe mehr oder weniger schwer zerstörter landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe besichtigt, um dort den Gang der Kriegsschädenvergütung klarzustellen. Am 23. August geht die Reise von Angerburg über Gerdauen und Domnau nach Königsberg. Die folgenden fünf Tage weilen die Minister und Abgeordneten im Gebiet Ober-Ost. Auf der Rückreise von Kurland wird Memel besucht, um auch dort die Bündnis- und Ansichten der Stadt kennenzulernen. Am Abend des 30. August erfolgt über das Kurische Haff, Graudenz und Königsberg die Heimreise nach Berlin.

Die Verhandlungen über das neue deutsch-holländische Wirtschaftsabkommen sollen binnen zwei Wochen nach Eintreten der neuen holländischen Regierung aufgenommen werden. Deutscherseits ist der Erwartung Ausdruck gegeben worden, daß die Verhandlungen bis zum 15. Oktober 1918 zu einem befriedigenden Ergebnis

führen werden. Nach dem neu zu schließenden Vertrag wird Deutschland von Holland für eine bestimmte Zeit folgende Lieferungen verlangen: 50 000 Stück Brokkwiche, 5000 dreijährige und 4400 einjährige Pferde, 5000 To. Butter, 10 000 To. Käse, 2 Millionen Eier, 2000 To. Geflügel, 10 000 To. Butter, 100 000 Kub. Käse- und Butterhäute. Die Bemühungen, mit der bisherigen Regierung zu einem ähnlichen Abkommen zu gelangen, sind ohne Erfolg geblieben. Auf Grund des sogenannten Kartoffelabkommen, das innerhalb Holland bekanntlich nicht in der Lage gewesen ist, sind etwa 9000 To. Frühkartoffeln an Deutschland geliefert worden. Aus dem letzten Wirtschaftsvertrag ist noch die Lieferung von 3000 To. Käse zu bewirken.

Bei den deutsch-russischen Verhandlungen, die jetzt in einem gewissen Abschluß gekommen sind, handelt es sich nicht um eine Revision oder um einen Ausbau des Preß-Litauwerter Friedens, sondern lediglich um Ausführungsbestimmungen zu dem Preßter Frieden. Der "gewisse Abschluß" ist infolge erreicht, als eine Paraphierung des Abkommens bereits erfolgt ist. Der Vertrag ist damit zwar noch nicht abgeschlossen, er bedarf vielmehr noch der Genehmigung der beiden beteiligten Regierungen. Wenn der russische Vertreter, Herr Joffe, sich jetzt nach Warschau begeben hat, so gleichwohl zu wohl zu dem Zweck, um die Genehmigung seiner Regierung zu dem Abkommen einzuholen.

Österreich-Ungarn.

Über die politische Lage äußerte sich der neue österreichische Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Hessenfeld einem Zeitungsvertreter gegenüber sehr zuversichtlich. Die Regierung wolle, so meinte er, unter allen Umständen zum September das Parlament einberufen und sei überzeugt, daß bis dahin alle Arbeitsmöglichkeiten geschaffen sind. Offiziell der Ernährungsfrage ist der Ministerpräsident beruhigt. Es wird zwar äußerst Sorgsamkeit geboten sein, aber immerhin ist die Ernährung Österreichs im neuen Wirtschaftsjahr gesichert.

Griechenland.

Infolge wiederholter Meutereien im griechischen Heere wurde auf Anregung des französischen Oberbefehlshabers der Orientarmee und des zum griechischen Generalstab ernannten Oberhauptes der französischen Militärmission in Griechenland eine Säuberung des griechischen Heeres von allen verdächtigen antivenezianischen Offizieren der aktiven Armee und der Reserve beschlossen. Demnach werden Offiziere aller Grade und aller Waffengattungen aufgefordert, eine schriftliche Erklärung ihrer politischen Gesinnung beim Korpskommandanten einzureichen und vor den ihm Befehl unterstellten Mannschaften unter Eid feierlich zu wiederholen. Auf Meineid steht Todesstrafe.

Rumänien.

Allerlei verbandsfreundliche Untrübe sind neuerdings ans Tageslicht gekommen, als bei dem früheren liberalen Minister Constantinescu eine Haussuchung (wegen Unterstüzung) vorgenommen wurde. Dabei wurde festgestellt, daß in dem Hause des Ministers sich das Bureau einer Geheimgesellschaft befand, die die Hebe gegen die Regierung betrieb. In Verbindung mit dieser Angelegenheit steht eine ganze Anzahl von Verhaftungen.

Nach kurzer Erörterung wurde die Ministeranklage vom Senat angenommen. Sechs Senatoren enthielten sich der Stimme und einer stimmte dagegen. In dem Antrag, der der Erörterung zugrunde lag, heißt es u. a.: "Der Senat verurteilt in Übereinstimmung mit der Deputiertenkammer und mit dem Gefühl des Landes die unbekommene, schlechte geleitete und den guten Ruf des Landes schädigende Politik der früheren Regierung und will an dem begonnenen Werk der Gerechtigkeit teilnehmen. Außer großen politischen Fehlern hat die Regierung Bratianu noch eine Reihe von Übertretungen begangen, die vom Strafgesetze und dem Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit vorgesehen und bestraft werden. Der Senat billigt vollständig das Vorgehen der Deputiertenkammer und ist der Ansicht, daß Bratianu sowie alle, welche sein Ministerium bildeten, insgesamt verantwortlich sind und unter Anklage und vor Gericht gestellt werden müssen."

Russland.

Die Notwendigkeit eines Bündnisses mit Deutschland wurde erneut in der Petersburger Kadettenpartei behandelt. Anlaß dazu gab ein Brief Miljkows, in dem ausgehandelt wurde, daß es für Russland nur zwei Möglichkeiten gebe: entweder zerstalte es in kleinen Staatsgebilden, die später in langamer Entwicklung wieder zu einem großen Reich zusammengezlossen werden könnten, oder man entscheide sich für die deutsche Orientierung, an der auch Deutschland das größte Interesse habe, weil es ein starkes Russland wünsche. — Nach kurzer Diskussion hat die Arbeiterspartei einstimmig beschlossen, an der englandfreundlichen Politik festzuhalten.

Finnland.

Nach kurzer Verhandlung hat der finnische Landtag mit 58 gegen 44 Stimmen beschlossen, daß die Regierung vorbereitende Maßnahmen für die Königswahl treffen solle. Vorher war in einfacher Abstimmung mit 68 gegen 23 Stimmen beschlossen worden, daß die zünftige Staatsform die Monarchie sein solle; d. h. mehr als zwei Drittel der Abgeordneten erklärten sich für die Monarchie. Die Königswahl wird wahrscheinlich Anfang September stattfinden.

Frankreich.

Die Eregung über die Verurteilung Malvys hat sich auch nach der Abreise des Verbannten noch nicht gelegt. Die Arbeiterkreise sind einig in dem geschlossenen Widerstand gegen die Diktatur Clemenceaus. Diese Stimmung hat sich noch verschärft, seit man weiß, daß parlamentarische Kreise in der Septembertagung der Deputiertenkammer neue Anträge Clemenceaus gegen frühere Minister erwarten. Gewisse Verbände der letzten Zeit durch den Untersuchungsrat des Pariser Militärgerichts lassen den Schluß zu, daß sich gegen Bainevsky, möglicherweise auch gegen Briand ein gleiches Verfahren wie gegen Malvy vorbereitet.

Großbritannien.

In der Zeit vom 17. bis 19. September soll in London eine Arbeiter- und Sozialistenkonferenz aller Verbündeten abgehalten werden. Neben amerikanischen Delegierten sollen Vertreter aus Frankreich, Belgien, Italien, Serbien, Griechenland, Portugal, Kanada und Russland zur Teilnahme eingeladen werden. Die einzelnen Punkte der Tagesordnung stehen noch nicht fest, doch soll

die Frage des allgemeinen Friedens nicht verhandelt werden.

Amerika.

Der Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, wie ihn England immer wieder als Ziel des Krieges bezeichnet, wird in Amerika von immer weiteren Kreisen befürwortet. So forsch sie auch den Krieg fortsetzen wollen, weil sie meinen, die nationale Ehre verlangt jetzt den Sieg, so wenig sind sie für den Gedanken des Wirtschaftskrieges zu begeistern. Die Presse, große Vereinigungen und Gesellschaften befürworten lebhaft jede Art von wirtschaftlicher Sperrung nach dem Kriege. Der Völkerbund, so sagt man allgemein, könne nur auftauchen, wenn der Wirtschaftskrieg mit Beendigung der Feindseligkeiten gleichfalls aufhört.

Bunte Tages-Chronik.

Krummhübel, 12. Aug. Der bissige Gemeindeschreiber beginnt Selbstmord, weil gegen ihn mehrere Untersuchungen wegen Lebensmittelbeschleunigungen schwanden.

Zürich, 12. Aug. Nach englischen Blättern ist infolge großer Stoffbestellungen für die Versorgung der amerikanischen Armee ein Stoffmangel eingetreten, der für die Zivilbevölkerung eine Einschränkung des Verbrauchs notwendig macht.

Stockholm, 12. Aug. Im Monat Juli wurden in Petersburg 4814 Cholerafälle gemeldet.

Helsingfors, 12. Aug. Wegen des zunehmenden Stoffmangels ist der Einkauf von Textilwaren von nun ab nur gegen besondere Erlaubnisurkunden gestattet.

Stockholm, 12. Aug. Auf schwedische Vermittlung sind die in Moskau verhafteten Könige Frankreichs und Englands wieder freigelassen worden.

Berlin, 13. Aug. Ein Feldwebel wurde hier unter dem Verdacht verhaftet, seine Frau und dann einen Landmann aus Bützow ermordet zu haben, bei dem er in Quartier lag. Mit der Frau des letzteren hatte er Beziehungen aufgenommen.

Berlin, 13. Aug. Als verdächtig, den Mord an der Schankwirtin Messerschmidt verübt zu haben, wurde ein Mann verhaftet, der ein Verhältnis mit einem im Hause der ermordeten verkehrenden Mädchen hatte.

Hindenburg, 13. Aug. Auf der "Königin-Luisengrube" ist durch Brandgas ein Grubenbrand entstanden. Vier Bergleute wurden getötet, mehrere verletzt.

Hamburg, 13. Aug. Bei dem Zusammenstoß eines Güterzuges mit einem Arbeitszug wurde eine Schaffnerin getötet und vier Personen verletzt.

Haag, 13. Aug. Britische Fliegeroffiziere sind, begleitet von zwei Mechanikern, mit zwei Zwischenlandungen, um Benzin einzunehmen, von England nach Ägypten geflogen.

Teplice, 13. Aug. Ein großes Kaffeelager wurde durch die Beamten des österreichischen Justizamtes hier festgestellt. Es wurden nicht weniger als 196 Säcke mit ungebrannten Kaffee beschlagnahmt, der einen Wert von 800 000 Kronen hat.

Nizza, 13. Aug. Anscheinend aus politischen Gründen wurde auf einer Dienstreise der Amtsrichter von Ronne durch Herrn v. Seengebisch erschossen. Das deutsche Oberkommando legte der Gemeinde, wo der Mord geschah, 5000 Mark Buße auf.

Nizza, 13. Aug. Am 10. August wurde der Mörder des Generalstabschalls v. Eichhorn und seines Adjutanten,

des Hauptmanns v. Dreher, in der Nähe des Lusitanowstraßencafés um 5 Uhr nachmittags öffentlich gehängt. Das Urteil war von einem deutschen Feldgericht geprägt und wurde sofort nach der Bestätigung durch den zuständigen Richter vollstreckt.

Genua, 13. Aug. Die dem andauernden Pariser Bombardement gewidmeten Meldungen beschäftigen sich auf die Angabe, daß auf beiden Seiten Sachschäden zu vernehmen sind.

Konstantinopel, 12. Aug. Durch Erlass des Sultans wurde der Titel Stellvertretender Oberbefehlshaber in Chef des Generalstabes der Obersten Heeresleitung umgedeutet.

Das Amt verbleibt dem Kriegsminister Enver.

Berlin, 13. Aug. Kronprinz Boris von Bulgarien hat

dem Kaiser einen Besuch im Großen Hauptquartier ab-

gesetzt.

Landsberg a. W., 13. Aug. Bizefeldwebel Paul Höhne von hier erhielt wegen hervorragender Tapferkeit vor dem Feinde den Orden pour le mérite.

Mannheim, 13. Aug. Fliegerleutnant Hans Pippas

von hier, Sieger in 21 Luftkämpfen, ist gefallen.

Kurtheater Bad Schandau.

Leitung: Paul Gernsdorf.

"Alt-Heidelberg", das allbekannte studentische Schauspiel in 5 Aufzügen von Wilhelm Meier-Hörler kommt diesen Donnerstag, abends 8 1/4 Uhr, zur Vorstellung. Der sonnige, frohe Jugendmuß, der die Szenen dieses gefeierten Bühnenwerkes durchleuchtet, hat ihm einen in der Theatergeschichte beispiellosen Erfolg eingebracht. Die Liebe des jungen Prinzen zu seiner Nässe ist von so hohem pochtlichen Reiz ungewöhnlich, daß sie im Gemüte eines jeden den tiefsten Eindruck hinterläßt. Stets begeht, wird die Einstudierung von "Alt-Heidelberg" in Schandau gewiß freudig begrüßt werden.

Am Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, ist die letzte Kinder-Vorstellung zu kleinen Eintrittspreisen mit dem Kindermärchen "Die Frau vom Walde" oder "Das gute Trinkerl und die böse Lilli" angezeigt. Ernst und Humor wechseln harmonisch in demselben miteinander ab und erfreuen die jugendlichen Herzen.

Eine hervorragende erstklassische Schauspiel-Neuheit lädt der Sonntag, abends 8 1/4 Uhr, an —; es sieht das mit ungemeinem Beifall in Hamburg, Hannover, Köln a. Rh., Königswberg, München u.c. aufgenommene dreiaufige Schauspiel "Am Ende der Welt" von Ernst Kleins auf dem Spielplan. Spannung und Interessant, fesselt die originelle Handlung auf das Lebhafteste. Die lobendsten Presseberichte rühmen den literarisch wertvollen Gehalt des bedeutenden Werkes.

— * Die letzte "Amtliche Kurliste für Bad Schandau" (Nr. 14) weist bei einer Parteidanzier von 1399 eine Besucherzahl von 2561 Personen auf.

Wer Brotgetreide versüßt, versündigt sich am Vaterlande.

Letzte Drahtmeldung.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, den 14. August 1918.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Erfolgreiche Vorstöße zwischen Elbe und Scarpe, südlich von Merseburg und östlich der Lübeck.

Heeresgruppe des Generalobersten v. Boehn. Teilweise beiderseits der Soame und nördlich der Are. Westlich und südwestlich von Lippstadt griff der Feind von neuem an. Beiderseits von Hamm brach der Angriff in unserm Feuer zusammen. Weiter südlich schlugen wir den Feind im Gegenoffen ab.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Kleinere Infanterie-gefechte an der Bosle und östlich von Neims.

Lientenant Voile errang seinen 30., Oberleutnant Poerzer seinen 29. und Lieutenant Noeth seinen 20. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Berlin. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England versenkte eines unserer Unterseeboote 18 000 Br. Reg.-D.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

(Fortsetzung des amtlichen Teiles.)

Freitag, den 16. d. M., soll im Gasthaus Stadt Zittau von nachmittags 2 bis 7 Uhr

Hühnerfutter

verteilt werden.

Kur-Theater Bad Schandau

(Schützenhaus).

Leitung: Paul Gernsdorf.

Donnerstag, den 15. August, abends 8 1/4 Uhr:

Alt-Heidelberg

Sonnabend, den 17. August, nachm. 5 Uhr:

Letzte

große Kinder-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Die Frau vom Walde oder Das gute Trinkerl und die böse Lilli.

Getreide aller Art

kaufe ich als

Kommissionär des Getreide-Einkaufs Pirna.

Bei Getreidelieferungen direkt an die Mühlen können Lieferungs-anweisungen bei mir beantragt werden.

Gotthelf Böhme, Schandau-Bahnhof.

Dienstmädchen

vom Lande

sofort gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle

dieses Blattes.

Jüngeres zweites

Hausmädchen

zum 1. September nach Dresden

gesucht.

Vorzu stellen Sendig Hotels, Bad

Schandau, Zimmer 31, vormittags.

Leichtiges, ehrliches Hausmädchen

zum 1. September gesucht.

H. Thomas,

Gästehaus, Schandau.

Das. Wohnung f. einzelne beziehb.

Preis 100 Mts

Angabe nach Belieben.

Näheres erbitten unter Nr. 91. an die Geschäftsstelle der "Sächs. Elbzeitung".

Montag, 19. August, 7 Uhr: Bad Schandau **Helga Petri** Städts. Kursaal Heitere Lieder zur Laute.

Neues Programm!

Karten zu M. 1.75 (nummieret), M. 1.— (unnummieret), M. —.60 (hinterer Saal) bei Cl. Eigner.

An der Abendloge 25 Pf. Aufschlag.

Der Tanz- und Anstands-Unterricht

beginnt

Dienstag, den 27. August 1918,
in Hegenbarths Sälen.

8 Uhr für Damen — 9 Uhr für Herren.

Anmeldungen bis dahin erbeten an

Emil Lieske und Tochter, Bad Schandau,
Elbstraße Nr. 65.

Habe mich in SCHANDAU niedergelassen
und übe bis auf weiteres
ärztliche Praxis
aus. SPRECHSTUNDEN: 8—9 u. 2—3 Uhr,
Sonntags 8—10 Uhr.

Dr. med. v. Bochmann,
Hohnsteiner Strasse 66 B.

Hauslämmer,

prima ersteklassige Tiere, 35—70 Pfund schwer, keine Heideschnuden, verhindern täglich unter Garantie lebender Antlaut, das Pfund zu M. 2.60 ab Rodewisch.

Gebrüder Möckel, Viehhändlung, Rodewisch.

Telephon Amt Auerbach i. B. 533.

NB. Werten Bestellungen bitten wir Ankunftsbescheinigungen beizulegen.

Freitag Eingang größerer Posten

Weisskraut,
Möhren,
Gurken.

Weisskraut im einzelnen das Pfund
22 Pf., im ganzen 20 Pf.

Bestellungen nimmt entgegen

Wenzel Richter.

Verchied. Möbel

Roseng. 43.

Auzsatz. jeden

Freitag nacht.

vorzüglich bewährte

B. Sauerhöffsches Mittel

empfiehlt

Rich. Riehme, Sebnitz, Warst.

Grundstück- und Geschäfts-

An- und Verkäufe,

Hypothesen-Besorgung

übernimmt

Karl Mautsch, Sebnitz, Sa.

Gertr. Nr. 52. : Langstr. 315.

ordenliches, jüngeres

Dienstmädchen

für 15. Aug. in gute Stellung gesucht.

Franz Fliehler, Sebnitz, Sa.,

Böhmisches Str. 323 G.

Hesse

ist die richtige

Ouelle für

Straßen-

Federn.

Prima erste „Atama“-Straßenfedern

sofsten: 30 cm lang 3 M., 35 cm 4 M.,

40 cm 5 M., 43 cm 6 M., 45 cm 8 M.,

47 cm 10 M., 50 cm 12 M., 52 cm 15 M.,

55 cm 18 M., 60 cm 25 M., —

„Atama“-Edelstraßenfedern

sofsten: 30 cm 9 M., 35 cm 12 M.,

40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm

50 M., 55 cm 42 M., 60 cm 48 M.

Schmale Straßenfedern, nur ca. 10 cm

breit, sofern ca. 20 cm lang 30 Pf.,

34 cm 50 Pf., 38 cm 1 M. — 15 bis

18 cm breite Federn sofern ca. 1 1/2 m

Umsatzsteuergesetz und Ausführungsbestimmungen dazu.

Das Umsatzsteuergesetz vom 26. 7. 18 (Reichsgesetzbl. S. 779) und die dazu vom Bundesrat bereits am 23. 7. 18 beschlossenen Ausführungsbestimmungen (Reichs-Zentralblatt S. 229) sind am 1. 8. 18 in Kraft getreten. Eine heilige umfassende Handelsregel wird demnächst im Buchhandel zu erhalten sein. Es liegt im eigenen Interesse der Gewerbetreibenden einschließlich der Landwirte, sich so bald als möglich mit den Vorschriften des Gesetzes und den Ausführungsbestimmungen vertraut zu machen, da ihnen bereits vom 1. 8. 18 ab eine Reihe von Verpflichtungen obliegt, deren Verstößung empfindliche Nachteile mit sich bringen würde. Dazu gehört insbesondere die Verpflichtung der gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften oder sonstigen Vereinigungen, bis zum 15. 8. 18 ihr Unternehmen, wenn sie dafür nicht im Kalenderjahr 1918 Warenumsatzstempel entrichtet haben, schriftlich oder mündlich dem zuständigen Umsatzsteueramt — d. i. die Gemeindebehörde, für den selbständigen Gutsbezirk das besonders bestimmte Hauptzollamt — anzuziegen und über ihre jährlichen Einnahmen Aufzeichnungen zu führen. Die Steuer von 5 % wird, soweit die allgemeine Umsatzsteuer in Frage kommt, zum 1. Male im Januar 1919 auf Grund dieser Aufzeichnungen und einer darüber abzugebenden Steuererklärung festgestellt und gezahlt werden müssen.

Von besonderer Bedeutung sind von Anfang an die Bestimmungen des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen für diejenigen Geschäftleute, welche Luxusgegenstände im Sinne von § 8 des Umsatzsteuergesetzes vertreiben. Dazu gehören u. a. alle Geschäftleute, die Juwelier- und Edelmetallwaren, einschließlich verzierten und vergoldeten Waren, Taschenuhren, Kunstwerke, Antiquitäten, einschließlich alter Drucke, sonstige Sammelgegenstände, Erzeugnisse des Buchdrucks auf besonderem Papier mit beschränkter Auflage, photographische Handapparate, Flügelklaviere, Harmonien und mechanische Musikinstrumente, Bildads, Handwaffen, Kraftfahrzeuge, Wagen, Segel- und Ruderboote, Teppiche und Pelzwaren veräußern. Abgesehen von der erwähnten Auszeichnung sind diese Geschäftleute zu besonders eingehender Buchführung über ihr Lager und über ihre einzelnen steuerpflichtigen Verkäufe gehalten. Die Steuer von 10 % ist monatlich auf Grund einer Steuererklärung, die zum ersten Mal für die Umfänge des August im September beim Umsatzsteueramt eingereicht ist, festzusetzen und zu entrichten.

Noch einschneidend ist die Steuerpflicht für die Geschäftleute, die seit dem 5. 5. 18 nach der Bundesratsverordnung vom 2. 5. 18 (Reichsgesetzblatt S. 379) rücklagenpflichtige Luxusgegenstände veräußert haben. Es sind das die Juwelierwaren und Edelmetallwaren — jedoch mit Ausnahme der verzierten und mit Silber platierten Gegenstände —, die Kunstuwerke, Antiquitäten, einschl. alter Drucke, und sonstige Sammelgegenstände. Ausstelle dieser Rücklagenpflicht ist nach § 42 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 2 des Gesetzes eine mit dem 5. Mai beginnende Steuerpflicht getreten. Insofern ist die Steuer bereits im August auf Grund einer in diesem Monat einzureichenden Steuererklärung für die Zeit vom 5. 5. bis 31. 7. zu verantworten. Die Steuer ist indes, auch soweit die Rücklage nach der Bundesratsverordnung 20 % betragen hatte, nur in Höhe von 10 % zu erheben. Es ist zu erwarten, daß dadurch die Schwierigkeiten, die aus der zum Teil irrtümlichen Berechnungsort (20 und 10 %) nur von alten Preisen, nicht von diesem einschließlich der Steuer) sich ergeben könnten, wesentlich eingeschränkt sein werden. Der Betrag der Rücklage, der nicht als Steuer erhoben wird, ist mit dem 1. August fest geworden; es bleibt der privatrechtlichen Auseinandersetzung zwischen dem Gewerbetreibenden und dem Kunden überlassen, ob und inwieweit diesem der freiwerdende Teil der Rücklage heranzugahlen ist. Die Steuer beschränkt sich im übrigen auf die in der Sicherungsverordnung aufgeführten Gegenstände, also die drei ersten Gruppen des § 8 des Gesetzes; dabei ist aber die Fassung der Verordnung im einzelnen maßgebend; auf die vom Reichstag eingeführten Halbwertssteuern, verzierten und mit Silber platierten Gegenstände, die Kunstuwerke, ihre Kopien und Vervielfältigungen im Werte von 200 bis 300 DM, die Erzeugnisse des Buchdrucks auf besonderem Papier mit beschränkter Auflagezahl erstreckt sich die rückwirkende Kraft nicht; insofern sind auch die Auslegungen in den §§ 7, 9 und 10 der Ausführungsbestimmungen nur mit entsprechenden Einschränkungen anzuwenden.

Alles Nähere über die Obliegenheiten der Steuerpflichtigen und insbesondere über die genauere Umgrenzung der abgabepflichtigen Luxusgegenstände muß aus den Ausführungsbestimmungen ersehen werden.

Abbau der Kriegsgewinne.

(Ein Zwiesprach)

Krieger: Sind wir uns, vom vorigen Male, noch darüber einig, daß die Herrschaft der Kriegsgewinner, auf die unsre Freiheit in Deutschland jetzt offenbar zusteuern, vom Übel wäre? Über hast du dich inzwischen wieder eines besseren besonnen?

Kriegsgewinner: Durchaus nicht. Ich habe im Gegenteil über deine Vorhaltungen nachgedacht und sehe nun selbst manches in viel weniger harmlosem Licht als es mit bis dahin erschienen war. Ich will für die Kriegsgewinner im ganzen und für den Einfluß, der von Ihnen ausgeht, kein gutes Wort weiter einlegen, aber sowohl glaube ich doch sagen zu dürfen: wenn die berufenen Stellen erst einmal ernst machen werden mit der Bekämpfung der Gefahren, die du mir gezeigt hast, so werden sie auch in unseren Reihen, neben starker Gegnerschaft selbstverständlich, manchen Helfer finden. Denn wir sind doch schließlich Kinder unseres Volkes geblieben und können unmöglich gleichgültig beiseite stehen, wenn sozialen dessen Seelenheil bedroht ist. Aber wie denfst du dir die Sache, wo soll Hand angelegt werden, wer soll es machen — was ist zu tun?

Das verteilte Fell



Nach 4 Jahren haben sie den deutschen Bären noch immer nicht!

Der Leidenskelch



und das Deutsche Reich unter sich begräbt, für das unsere Väter gekämpft und gebütlert und für das wir selbst jetzt die unerhörtesten Opfer gebracht haben. Wir müssen nach dem Älteren auch den inneren Frieden von neuen Sicherstellen, und das kann nicht anders geschehen, als daß wir den Kriegsgewinnen — den Krieg erklären. Auch jetzt noch einverstanden mit mir?

Kriegsgewinner: Ich muß wohl, wenn mich natürlich nicht mit Pauken und Trompeten, wie Ihr Kriegsteilnehmer, die während des Krieges mehr verloren, als gewonnen haben. Aber was recht und billig ist, werde ich jedenfalls ruhig über mich ergehen lassen und ich bin überzeugt, daß gleich mir noch viele andere Kriegsmillionäre denken und handeln werden. Dr. Sy.

Jeder Deutsche wird, wenn er nicht selbst Kriegsgewinner ist, den vorliegenden Ausschreibungen des Kriegers zustimmen. Zweifel aber werden hier und da auftauchen, ob es wirklich viele Kriegsgewinner gibt, die so verhältnismäßig selbstlos denken. Unter dem Zwange der Gesetzgebung aber würden sich schließlich alle mehr oder weniger freiwillig zu solchem Idealismus bekehren müssen.

Frankfurter Zeitung gegen Houston Stuart Chamberlain.

Der Schriftsteller Houston Stuart Chamberlain, der aus England stammt, in die Familie Richard Wagner's einheiratete und seitdem in Bamberg lebt, veröffentlicht seit Jahren in zahlreichen Veröffentlichungen und Artikeln seine scharf ausgetragten deutsch-nationalen und rasentheoretischen Meinungen. Besonders sein Buch „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ wurde in dieser Beziehung bekannt und Gegenstand zahlreicher Auseinandersetzungen. Gegen Chamberlain hat nun die Frankfurter Zeitung Privatlage angestellt, deren Aussatz heute vor dem bayerischen Schöffengericht begonnen hat. Chamberlain ließ im November 1917 in der Deutschen Zeitung zu Berlin einen Aufruf über die „Deutsche Vaterlandspartei“ erheinen. In dem Aufruf trat er für die Verechtigung der Parteiarbeit ein und führte aus, daß Gegenwart und Zukunft Deutschlands von innen heraus von organisierten Gruppen, bestehend aus Männern, die teils wegen ihres angeborenen, fremden, undeutschen Wesens, teils nur infolge von Herbildung und planmäßiger Erziehung sein Verständnis für Wesen und Bedeutung des heutigen Deutschen Reiches besitzen“, bedroht würden. Er bezog sich dabei auf

Worte Bismarcks,

der gesagt haben soll, er habe wiederholt beobachtet, daß England, sobald es etwa gegen die Interessen Deutschlands im Schilde führe, sich der Frankfurter Zeitung bediene, woraus der Schluss gezogen wurde, es müßten unmittelbare Verziehungen zwischen der englischen Regierung und der Frankfurter Zeitung bestehen. Chamberlain schrieb in seinem Artikel weiter: „Zweit wird behauptet, ob mit Recht oder Unrecht, weshalb ich nicht, diese im südlichen Deutschland allmächtige Zeitung sei überhaupt Feindesfeind.“ Daran wurden noch mancherlei Schlussfolgerungen gefügt, die dem genannten Blatte

und deutsche Haltung und Gesinnung vorwarfen. Die Frankfurter Zeitung erblühte in diesen Ausführungen eine schwere und verleumderische Bekleidung ihrer Redakteure und angleich der Mitglieder des Aufsichtsrats der Frankfurter Societät-Druerel G. m. b. H., in deren Verlag die „Frankfurter Zeitung“ erscheint. Demgemäß erhoben insgesamt 18 Mitglieder des Aufsichtsrats und der Redaktion Klage. In der Begründung der Klage wird gesagt, daß Chamberlain die Äußerung Bismarcks unrichtig wiedergegeben habe, da dieser allerdings 1878 im Reichstag einmal der „Frankfurter Zeitung“ Beziehungen zu einer fremden Regierung nachgetragen, jedoch dabei nicht die englische, sondern die französische Regierung genannt habe. Der Abgeordnete Sonnemann als damaliger Eigentümer der „Frankfurter Zeitung“ habe dann in der gleichen Sitzung bereits den Angriff des Fürsten Bismarck als „willkürliche Erfindung“ bezeichnet, und die „Frankfurter Zeitung“, die später von einer frivolen Verdächtigung sprach und von Bismarck verklagt wurde, sei damals freigesprochen worden. Die Privatlage gegen Houston Stuart Chamberlain wurde zunächst abgewiesen und kommt auf erhobene Beschwerde hin erst jetzt zur Verhandlung. In seiner Klageerörterung bestreitet Chamberlain das Klagerrecht der Aufsichtsratsmitglieder und sagt, daß „Frankfurter Zeitung“ gehöre zu den „benachteiligten des Deutschen“, indem sie alles, was deutsch sei, ohne Unterlass grundsätzlich bekämpfe. Weiterhin führt Houston Stuart Chamberlain aus, heute gehöre die „Frankfurter Zeitung“ tatsächlich einem

Augeborenen eines feindlichen Staates, nämlich einem Amerikaner, und bezieht sich zum Beweise dafür auf eine Zeitungsnachricht, daß an der Riviera ein Enkel Sonnemanns, ein Herr Simon, alias Semon, sich als Amerikaner und als Besitzer der Gazette de Paris“ eingeschrieben habe. Außerdem erhob er Klage, weil er in einer Entgegnung der „Frankfurter Zeitung“ vom 14. Oktober vorigen Jahres als „Nenegal“ bezeichnet und von ihm gelagert wurde: „Dieser Mensch ist gar nicht in der Lage, einem Deutschen, wer es auch sei, an die Ehre zu rütteln.“ Houston Stuart Chamberlain erlangte während des Krieges und zwar 1916 die bayerische und damit die deutsche Staatsangehörigkeit.

Aus dem Gerichtsaal.

Die Frankfurter Zeitung gegen Houston Stuart Chamberlain. Das den politischen Verteidigungsprozeß verhandlende Gericht in Frankfurt a. M. verkündete, daß weitere Beweisaufnahme nicht notwendig sei. Das Urteil soll am Freitag, 16. August,



gefamnisse gegeben werden. Vorhergegangen waren noch einige Darlegungen von Beteiligten und Rechtsbeiständen. Im Namen des Aufsichtsrats der Frankfurter Zeitung erklärte Professor Höhler, daß keine Beziehungen zwischen der Zeitung und dem Auslande beständen, daß sich keine Geschäftsanteile in feindlichen Händen befinden und daß für die Politik des Blattes nur die eigene Überzeugung, daß politische Testament Leopold Sonnemanns maßgebend sei. Der bekannte Politiker Conrad Haunmann als Rechtsbeistand der Kägerlin sagte, Chamberlains Angriff sei ein schwerer Angriff auf unsere innere Front gewesen und müsse deshalb mit einer Freiheitsstrafe geahndet werden. Rechtsanwalt Claas, der Berater Chamberlains, halte den Antrag gestellt, den Prozeß zur Herbeiführung weiteren Materials zum Beweise, daß die Frankfurter Zeitung eine Reichsgefahr sei, zu verlegen, falls kein Freispruch beabsichtigt sei.

§ Bestrafte Preiswucherer. Wegen Verkaufs beschlagnahmter Früchte und Überschreitung von Höchstpreisen verurteilte die Strafammer von Hohenstaufen den Seltersfabrikanten Wolter in Hohenstaufen zu 20 000, den Gütsbesitzer Neulaviera in Edenshof zu 14 050, den Gütsbesitzer v. Banicke in Baronto zu 16 050, den Gütsbesitzer Raumerski in Seledzin zu 12 600 und den Gütsunternehmer Groesel in Berlin zu 8000 Mark Geldstrafe und fünf Monaten Gefängnis.

§ Der schreckliche Mord im Bristolhotel zu Wien, durch den die Gesellschafterin Julie Carl der Baronin Vivante durch deren Neffen Davit mit Hilfe des 17-jährigen Helfers Franke auf grausame Weise abgeschlachtet wurde, findet jetzt vor dem Wiener Schwurgericht seine Sübne. Während Franke sich in vollem Umfang der Anklage als schuldig bekannte, leugnete Davit, der Antiflüster der Mordtat gewesen zu sein und versuchte, die Hauptshuld seinem jugendlichen Genossen in die Schuhe zu schieben. Er ist der offensichtliche Antiflüster gewesen und hat mit dämonischer Kraft den jugendlichen Bürchen Franke zur Tat angestiftet, während er selbst als Zuschauer dabei stand. Die Vernehmung des Angeklagten ergab ein grauenhaftes Bild dieses Dant, der in methodischer Anleitung mit seinem Gehilfen u. a. eine formliche Grenzprobe an der Mordtat abhielt und bis aufs kleinste die Einzelheiten ausarbeitete.

§ Das Urteil im Wiener Mordprozeß. Nach dreitägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht in Wien wurde das Urteil gegen Kurt Franke und Emo Davit gefällt, die des Raubmordes an Julie Carl, der Gesellschafterin der Baronin Vivante, begangen am 23. Mai im Hotel Bristol, angeklagt waren. Franke wurde mit allen Stimmen, Davit mit 11 gegen eine Stimme schuldig gesprochen und ersterer zu fünfzehn Jahren schweren Ketters, letzterer als Antiflüster zum Tode durch den Strang verurteilt.

§ Der Möbelwucher angeklagt und freigesprochen. Der Magistralsdean Georg Werner von Würzburg, der am 28. Mai seinen Schwager, den Postsekretär Wende, nach einer Möbelstube entstach, wurde von dem Gericht freigesprochen.

§ Bestrafter anonyme Briefschreiber. Das Schöffengericht Stolp verurteilte den Inspektor Julius Seefeldt aus Kleinholzdorf bei Stolp, der ein anonymes Schreiben an das Generalkommando in Danzig richtete, in dem er den Gütschreiter des Gutes Sagerte beleidigte und das Stolper Bezirkskommando verdächtigte, zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. Ein Strafbefehl hatte ihn zuerst mit 200 Mark Geldstrafe bedroht.

§ Bestrafte Kriegsverrat. Der Westliche Bertold Strauß durch Urteil des Oberkriegsgerichts in Brandenburg wegen Kriegsverrats und Fahnenflucht im Felde zu 15 Jahren Buchhaus verurteilt worden. Strauß hat dem englischen Nachrichtendienst seine Kenntnisse über Organisation und Ausbildung der Fliegerwaffe verraten.

§ Der erste Prozeß über Strafgeld wegen zu starken Gasverbrauchs wurde zugunsten des Gasabnehmers entschieden. Das Amtsgericht in Heide verurteilte die Stadt zur Rücksichtung des 12,50 Mark in einem Monat betragenden Strafgeldes, da die Stadt den Abnehmern den Gasverbrauch des Jahres 1918 hätte mitteilen müssen, wenn sie vorschrieb, daß nur 80 % davon verbraucht werden könnten. Die Abnehmer wären nicht verpflichtet, die Rechnungen von 1918 aufzubeben.

Völlig und Kriegswirtschaft.

* Erfahrmittel in den fleischlosen Wochen. Für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober sind, wie bekannt, vier fleischlose Wochen festgesetzt worden. Der dadurch entstehende Ausfall an Fleisch wird durch Ersatz entweder in Mehl oder Kartoffeln ausgeglichen werden, und zwar sollen in den Ortschaften mit einer festgesetzten Wochezeit von: 200 Gramm Fleisch; 250 Gramm Mehl oder 1500 Gramm Kartoffeln; 150 Gramm Fleisch; 185 Gramm Mehl oder 1250 Gramm Kartoffeln; 100 Gramm Fleisch; 125 Gramm Mehl oder 750 Gramm Kartoffeln zur Befriedigung gelangen. Für die erste — vom 19.—25. August — laufende fleischlose Woche wird nach den erlassenen Anordnungen für das fehlende Fleisch ein Ersatz in Kartoffeln gewährt werden. Ausgenommen von der Einhaltung der fleischlosen Wochen sind auf Grund amtlicher Zeugnisse Kranken, insbesondere Kinderkranken.

* Festbefohlene und Kleiderabgabe. Der Bund der Festbefohlenen hat gegen die Bestandsaufnahme der Männer überredet, die er als Börläufer der Beschlagsnahme betrachtet, Stellung genommen. In einer der Reichsbefreiungsstelle eingesandten Entschließung wird auf die ungünstige soziale und wirtschaftliche Lage der festbefohlenen Berufsfreiheit hingewiesen. Der Deutsche Berufsmästerverband hat eine ähnliche Eingabe gemacht, in der er namentlich auf die starke Beanpruchung der Berufsmäster der in der Schwerindustrie und dem Bergbau tätigen Beamten verweist.

* Fleischmarkenpflicht für Hammelkämmer. Von Gemeindeverwaltungen und Privatpersonen sollen in letzter Zeit zahlreiche Hammelkämmer zu Maßnahmen angefaßt worden sein. Um Fertümlern vorzubürgern, wird darauf hingewiesen, daß das Fleisch dieser Hammelkämmer der Fleischmarkenpflicht unterliegt. Privatpersonen, die Hammel oder Hammelkämmer schlachten, haben vor der Schlachtung, ebenso wie bei der Häuselschlachtung eines Schweins, die Genehmigung des Kommunalverbandes — in Breuhen in freistreinen Städten des Maalstrafs und in Landkreisen des Landrats — einzuholen. Das Fleisch wird auf die Fleischmarken angerechnet.

* Erzeugerpreis für Frühzwiebeln. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat den Erzeugerpreis für Frühzwiebeln ohne Maut auf 18 Pfennig je Pfund mit Wirkung vom 3. August 1918 ab festgesetzt.

* Den Münzständen im Kunstauktionieren, die bei einigen Auktionen der letzten Zeit so früh in die Erziehung traten, will dem Unternehmen nach die Regierung durch ein Gesetz entgegenreiten. Der Entwurf wurde in Breuhen ausgearbeitet und ist auch den übrigen Bundesstaaten zugegangen. Er trifft sehr energische Bestimmungen gegen die eingerissenen Schleimhauten und Treibereien.

* Höchstpreise für Wohnungen? Befürchtungen, die jedenfalls den Reis. der Reihen für sich haben, hat der Berliner Mieterbund dem Staatskommissar für das Wohnungswesen unterbreitet. Der Mieterbund will eine Art von Höchstpreise für Wohnungen zur Bekämpfung des Mietzuckers einführen. Es wird deshalb der Erlass einer Notverordnung vorgeschlagen, in der es heißt: Eine Steigerung des Mietzinses ist nur in Form von Zulägen zum Friedensmietzins zulässig. Friedensmietzins ist der für den 1. August 1914 vereinbarte, sonst der damals angemessene Mietzins. Alle Höchstauflagen sind bis auf weiteres zulässig: 15 % bei Mieträumen mit zentraler Heizung und Warmwasserförderung, 8 % bei solchen ohne zentrale Heizung, 6 % bei solchen ohne zentrale Heizung und

ohne Warmwasserförderung. Die Befreiung der Befürchtungen in diesem Rahmen erfolgt auf Antrag des Mieters durch das Einigungsamt und, wo ein solches nicht besteht, durch das Amtsgericht. Die Bemessung der Befürchtungen erfolgt nach Mäßigung der Erhöhung der Hauskosten. Bei der Steigerung für Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Kriegsverwundete müssen deren wirtschaftliche Verhältnisse berücksichtigt werden. Eine Kündigung darf in diesen Fällen bis zu 2 Jahren nach Friedensschluß von dem Vermieter nicht erfolgen, wenn nicht grobe Verstöße des Mieters vorliegen. Die Vereinbarung und die Zahlung höherer Befürchtungen wird mit einer gesetzlich festgelegten Buße bestraft.

* Der 39. Verbandsstag der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands in Dresden nahm vor seiner Beendigung eine Entschließung mit einer Anzahl Leitsätzen, in denen die Übergangswirtschaft Wiederherstellung eines freien Bau- und Wohnungsmarktes, Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln für nicht gedeckte Kosten der Bauunternehmer, Verminderung der Bauvorschriften, gesetzlicher Schutz der Hypothekenschuldner, Einschränkung des Machtbereichs der Mieteinstigungsämter und der Generalkommandos gefordert werden.

* Frachterhöhungen österreichisch-ungarischer Eisenbahnen. Die Erhöhung der Gütertarife auf den österreichischen und ungarischen Eisenbahnen tritt am 1. September in Kraft und soll im allgemeinen 70 %, bei Kohle 40 % betragen. Das gesetzliche Ergebnis wird für die österreichischen Staatsbahnen zwischen 400 und 500 Millionen Kronen geschätzt.

* Entschädigungen auch für Angestellte. Für die Arbeitsen in den stillgelegten Betrieben der Tabakindustrie ist durch die Bereitstellung von 6 Millionen zu Unterstützungsmaßen Vorlage getroffen worden. Dieser Betrag kommt aber den Angestellten nicht zugute. Deshalb hat die Vereinigung deutscher Privatbeamten- und Angestelltenverbände an das Reichswirtschaftsamt eine Eingabe gerichtet mit dem Bielefeld, daß auch den Angestellten hinreichende Entschädigungen gezahlt werden.

* Gegen den Möbelwucher. Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin stellt folgendes mit: In letzter Zeit ist in der Öffentlichkeit verschiedentlich die Ansicht vertreten worden, daß Möbel nicht zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu rechnen seien. Wäre dies richtig, so würde es einen Kreislauf für jeden Möbelwucher bedeuten und belügen, daß der Verkauf von Möbeln überhaupt keinerlei Preisbeschrankungen unterworfen sei. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß nach Ausschaffung der maßgebenden Geboten Möbel keineswegs grundätzlich von den Gegenständen des täglichen Bedarfs, auf welche die Kriegswirtschaftsbestimmungen ohne weiteres Anwendung zu finden haben, ausgenommen sind.

* Verbotener Tauschhandel. Im Kreise Danziger Höhe ist jeder Tauschhandel verboten worden. Handels- und Gewerbetreibende dürfen bei Abgabe von Waren Lebensmittel und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs weder fordern noch annehmen, auch nicht uneigentlich. Ebenso dürfen ihnen diese Waren nicht im Tauschhandel angeboten werden.

Verschiedenes.

* Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren. Im Post- und Telegraphenverkehr erfahren die Gebühren vom 1. Oktober ab eine wesentliche Erhöhung. Der neue Tarif sieht vor für Briefe bis 20 Gramm Gewicht im Ortsverkehr 10 Pf., im Fernverkehr 15 Pf., von 20 bis 250 Gramm 25 Pf., für Postkarten im Ortsverkehr 7½ Pf., im Fernverkehr 10 Pf., Drucksachen bis 50 Gramm 5 Pf., 50 bis 100 Gramm 7½ Pf., 100 bis 250 Gramm 15 Pf., 250 bis 500 Gramm 25 Pf., 500 Gramm bis 1 Kilogramm 35 Pf. Die leichteren beiden Sätze gelten auch für die gleichfalls bisher abgabefreien Geschäftspapiere. Warenproben über 100 Gramm bis 250 Gramm kosten 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 25 Pf., Pakete bis 5 Kilogramm kosten bis 75 Kilometer Entfernung 40 Pf. gegen bisher 30 Pf., auf alle weiteren Entfernungen 75 Pf. gegen bisher 60 Pfennig. Pakete über 5 Kilogramm kosten bis 75 Kilometer Entfernung fünftig 60 Pf. gegen bisher 30 Pf.; für alle weiteren Entfernungen wird die Reichsabgabe um 30 Pf. erhöht. Briefe mit Wertangabe kosten bis 75 Kilometer 25 Pf., auf alle weiteren Entfernungen 50 Pf. Postaustragsbriefe für alle Entfernungen 35 Pf. Von den bisher abgabefreien Postanweisungen ist in Zukunft eine Reichsabgabe zu zahlen, die das Porto erhöht für Anweisungen bis 5 Mark auf 15 Pf., 5 bis 100 Mark auf 25 Pf., 100 bis 200 Mark 40 Pf., für je weitere 200 Mark 10 Pf. mehr bis zum Betrage von 70 Pf. für Postanweisungen über 600 bis 800 Mark. Die Reichsabgabe für Telegramme wird von 2 auf 3 Pf. die Wörtergebühr somit auf 8 Pf. erhöht. Telegramme bis 5 Wörtern fünftig 65 Pf., 6 bis 7 Wörter 70 Pf., 8 bis 9 Wörter 75 Pf., 10 Wörter 80 Pf., jedes weitere Wort mehr 8 Pf. mehr. Im Stadtverkehr kostet das Wort 6 Pf. (6 bis 7 Wörter 50 Pf., 8 bis 9 Wörter 55 Pf.). Rohrpostbriefe kosten 35 Pf., Rohrpostkarten 20 Pf. Im Fernsprechverkehr wird der bisherige Befüllung von 10 auf 20 % erhöht.

* Kolonial-Kriegerspende. In den nächsten Wochen finden, wie die deutsche Kolonialgesellschaft mitteilt, in ganz Deutschland unter dem Namen „Kolonialkrieger-Spende“ Sammlungen zugunsten der geschädigten Kolonialdeutschen statt. Die Veranstaltung fällt in die Zeit, in der England lautet denn je seinen Willen verkündet, nichts in die Rückgabe der Kolonien an uns willigen zu wollen. Unbedacht der Überzeugung, daß das Schicksal unserer Kolonien allein auf den Schlachtfeldern des Westenkrieges entschieden wird und nicht in der englischen Presse und in englischen Versammlungen, werden alle Bürgen aufgerufen, jeder an seinem Teil für ein reiches Ergebnis der Kolonialkrieger-Spende einzutreten, um so der englischen Annexion eine kräftige Antwort entgegenzusetzen. Je deutlicher sie aussällt, um so mehr wird man in England erkennen müssen, daß unser Willen zum Festhalten an unserer Kolonialpolitik unerschütterlich ist und bleiben wird.

* Schreibt keine Jammerbriefe aus der Heimat. Dass die Ernährungsverhältnisse bei uns nicht friedensmäßig sind, es nicht sein können, ist jedermann im deutschen Volke längst klar geworden. Denn wir sind, von überseeischen Zuflüssen abgesehen, im wesentlichen auf die Erzeugnisse unserer eigenen Landwirtschaft angewiesen. Das Münzstand bei der Verteilung der Lebensmittel zulage treten, ist nichts Ungewöhnliches mehr; es ist begreiflich, wenn auch nichts weniger als angenehm. Das Zerstern und Jammer hierüber ändert jedoch nichts an dem bestehenden Zustand — „noch steht die Tat über dem Wort!“ Ganz verkehrt aber und direkt unser Interessen zuwiderräußend ist es, in Briefen an Angehörige, die im Felde oder gar in Gefangenenschaft sind, Verpflegungsnoten zum Gegenstand der Erörterung zu machen. Denn in überaus raffinierter Weise bemühen unsere Feinde jedes solche Schriftstück, das sie in ihrer Gewalt befindlichen Deutschen abzuholen, um im eigenen Lande den Willen zum Durchhalten zu stärken! So natürlich es ist, daß man seinen Angehörigen an der Front oder in Gefangenenschaft alles das schreibt, was

die Seele am meisten bewegt, so verständig wäre es, wenn man ins Klagen kommt, daß größte Mängel von Überlegung zurück zu ziehen, ehe die Feder unbewußte Worte schreibt, die dem Feinde nützen, der deutschen Sache schaden und den Mann da draußen in Feindeland letzten Endes mit zwecklosen Sorgen und Bangen belassen.

Nah und Fern.

* Eine Radfernstraße von Berlin nach Dresden auf Erfahrbereisung veranstaltete der deutsche Radfahrerbund. Von den antretenden Fahrern konnten nur 18 innerhalb der Höchstzeit von 20 Minuten nach dem Sieger das Ziel in Dresden erreichen. Als Erster legte Überberger-Berlin 89 Minuten lange Strecke in 10 Stunden 51 Minuten zurück.

* Gefälschter Sulfostoff wird neuerdings vielfach in Schleichhandel vertrieben. Saccharin und Dulcin wird häufig angeboten und dabei oft statt des Sulfostoffs ein Gemenge von Zucker, kobolensarem Natron, Gips, Cement etc. untergebracht. Dieser gefälschte Sulfostoff wird durchweg zu einem sehr hohen Preis, und zwar gewöhnlich in gebrauchten inländischen Originalpackungen oder in Packungen, die den amtlichen tatsächlich nachgeahmt sind, schließlich auch in falschen Schweizer Packungen, gehalten. Vor dem Ankauf von Sulfostoff im Schleichhandel wird vom R. C. A. dringend gewarnt. Durch den Genuss der Erzeugnisse können auch erhebliche Gesundheitsstörungen eintreten.

* Die Hamsterrahmen sind zu Raubzügen geworden in der Umgebung von Frankfurt a. M., namentlich in der Wetterau. Es bleibt nach von dort kommenden Berichten nicht dabei, daß die in Scharen mit der Bahn ankommenden Leute einige Pfund Kartoffeln hamstern, sie eignen sich eigentlich an, was sie gerade finden. Die wenigen Apfel werden von den Bäumen geholt, die Spätzkartoffeln aus den Feldern gerissen, Körnerfrucht aus den aufgestülpten Häuschen und die Abren von den Halmen. Es müssen militärische Wachkommandos herangezogen werden, um den Münzständen zu steuern.

* Der Schleichhandel in den Ostseebädern muß ungeheure Ausdehnung angenommen haben. Jetzt ist geradezu eine Katastrophe über die Bäder Arealsee und Brunsbüttel eingebrochen. Fast alle Gasthäuser und Fremdenpensionen halten Schleichhandel und Hamsterei ins Große betrieben. Die Rostocker Staatsanwaltschaft hält jetzt Haussuchungen in allen Fremdenhäusern ab. Die Beamte aufzubringen sind, um gründlich durchzugehen. Die großen Wirtschaften hatten sich zum Teil mit 5000 bis 10 000 Eiern eingedeckt. Schinken, Speck, Mettwürste, Butter waren in großen Mengen vorhanden. Bentznerweise waren Mehl, Brot, Grütze, Graupen, Roggen und vor allem Zucker eingehäuft. Fleisch wurde in dreifach höherer Menge als erlaubt verbraucht, ganze geschlachtete Kinder und Schweine wurden aufgefunden. Vieles waren hauptsächlich Kaufleute aus kleinen Städten, ferner Erdäpfeler, Bäderer usw. in weitem Umkreise. Die bisher außerordentlich gut genährten Fremden müssen nun schmal leben oder abreisen. Das gerichtliche Nachspiel ist ein-

* Die gänsige Ernte in Thüringen bringt namentlich einen reichen und guten Körnerertrag in Roggen. Auch das Sommergetreide verspricht eine gute Mittelernte, wenn auch der Ertrag an Stroh zurückbleibt. Der seit dem vorigen Jahr in Thüringen wieder zu Ehren gekommene Hafer steht sehr gut. Die nasse Witterung der letzten Wochen ist den Herbstkartoffeln sehr zustatten gekommen; sie versprechen guten Ertrag.

* Ausgezeichnete Weinrente im Sicht. Aus den Weingegenden wird über einen ganz ausnahmsweise guten Behang der Weinländer berichtet. Die üblichen Krankheiten haben sich diesmal kaum gezeigt. Stöcke mit 20, 30 und auch noch mehr Trauben gehören durchaus nicht zu den Seltenheiten. Langsam hängen sich die Beeren an den Spalieren und Haussäulen bereits und die Frühburgunder führen sich. In den freien Weinbergen hängen die Trauben schwer herunter. Das aber die zu erwartende gute Ernte einen mäßigenden Einfluß auf die durch wüste Spekulation ins Maßlose gesteigerten Preise ausüben wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen mindestens zweifelhaft.

* Brotmärkte im Antezimmer. In Görlitz halten sich Anzeichen dafür ergeben, daß in der Bäckerei mit den verbrechlichen, von den Bäckern zurückgegebenen Brotausweisen Mißbrauch getrieben werde. Eine auf Anordnung des Oberbürgermeisters vorgenommene plötzliche Festnahme und Beobachtung von Angestellten der Bäckerei deckte Unregelmäßigkeiten auf, welche die Entlassung einer Anzahl weiblicher Angestellter und die Einleitung einer Untersuchung gegen sie zur Folge gehabt hat.

* Starke Besuch der Leipziger Herbstmesse wird vom Leipziger Weinhant verzeichnet. Das Weinhant hat bis jetzt ungefähr 14 Tage vor Beginn der Messe, bereits 50 000 Fahrcheinansweise für die ermäßigte Fahrten auf Messe ausgegeben. Es ist also mindestens wieder mit einem Besuch von 70 000 bis 80 000 Personen zu rechnen. Die Zahl der Aussteller hat jetzt zum erstenmal den höchsten Friedensstand vom Jahre 1914 übertroffen, denn es sind bisher bereits 4500 Aussteller angemeldet und soll möglich gehen noch weitere Anmeldungen ein.

* Die spanische Krankheit eine Warnung für Europa. Der Schweizer Professor S. Feilbogen sieht in der raschen Verbreitung der Grippe von Spanien aus über ganz Europa einen unwiderlegbaren Beweis, daß Europa nicht mehr dicht genug gegen das Eindringen von Epidemien vertheidigt ist. Der Krieg hat den sanitären Schutzwall überall geschwächt und eingerissen. Professor Feilbogen schildert die schwere Gefahr, die sich erheben würde, sollte eines Tages die orientalische Pest einbrechen oder die entzündliche Pfeilnute oder eine bisher noch unbekannte Art des Massentodes.

* Deutscher Gastwirtstag. Die Hauptversammlung des deutschen Gastwirtstags, die in Hannover stattfand, beschäftigte sich mit allen schwierigen Fragen, die das Gastwirtschaftsgewerbe betreffen. Betreft der Reichssteuer ist der Verband gegen die geplante Staffelung und Kontingentierung, gegen jede Belehrung der Einfuhr auswärtigen Bieres, gegen die Höhe der Steuer, gegen die Festsetzung von Höchstgewinnauflagen im Ausschank und gegen jede Gemeindebestersteuer, dagegen für Feststellung und Begrenzung der einzelnen Bierarten in Prozenten und Stammwürzen und für den Schutz der Genossenschaftsbrauereien. Gegen das Braunitweinmonopol hat der Verband gleichfalls große Bedenken.